

Antrag 15/II/2024**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

Unverzüglich klare und einheitliche Regelungen für den Umgang mit Mitgliedsanträgen von (ehemaligen) Mitgliedern rechtsextremer oder rechtsextrem beeinflusster Organisationen und Parteien sowie mit rechtsextremer Vergangenheit zu aktualisieren

- 1 Der SPD-Parteivorstand und die zuständigen Gremien so-
- 2 wie die Landesverbände werden aufgefordert, umgehend
- 3 klare, parteieinheitliche Leitlinien und Regelungen für den
- 4 Umgang mit Mitgliedsanträgen von (ehemaligen) Mit-
- 5 gliedern rechtsextremer oder rechtsextrem beeinflusster
- 6 Organisationen und/oder Parteien sowie Personen mit
- 7 rechtsextremer Vergangenheit an die SPD zu beschließen.
- 8 Hierfür sind u.a. folgende Maßnahmen zu prüfen:
- 9
- 10 • verpflichtende und nachgewiesene Distanzierung
- 11 seit mindestens fünf (5) Jahren,
- 12 • keine Mitgliedschaft oder Tätigkeit in solchen Or-
- 13 ganisationen/ Parteien oder im Umfeld solcher seit
- 14 fünf (5) Jahren,
- 15 • eine klare inhaltliche Distanzierung zu den Zielen
- 16 und Positionen solcher Organisationen und Partei-
- 17 en,
- 18 • vor der Mitgliedschaft bzw. mit Aufnahme der Mit-
- 19 gliedschaft mindestens sechs (6) Monate eine sozia-
- 20 le Tätigkeit i.S.d. sozialdemokratischen Zielsetzungen
- 21 und Werte (Flüchtlings- oder Obdachlosenhil-
- 22 fe, soziale Projekte etc.) auszuüben und damit eine
- 23 Identifizierung mit den Werten der SPD zu belegen.
- 24 • insbesondere keine Mandatsübernahme für die SPD
- 25 vor Ablauf der Frist von fünf (5) Jahren seit dem
- 26 Ausscheiden aus/ der Distanzierung zu rechtsextrem-
- 27 men oder rechtsextrem beeinflussten Organisations-
- 28 en oder Parteien.
- 29 • eine Abfrage zu solchen Mitgliedschaften und Akti-
- 30 vitäten im Rahmen der Aufnahme
- 31 • eine stets möglichst aktuelle Unvereinbarkeitsliste
- 32 auf der SPD-Webseite und entsprechende Mittei-
- 33 lungen über deren Veränderungen an alle SPD Orts-
- 34 vereine / Abteilungen

35

36

37 Begründung

38 Bundesinnenministerin Nancy Faeser stellte in ihrem Ak-

39 tionsplan gegen Rechtsextremismus fest, dass die „größte

40 extremistische Bedrohung für unsere Demokratie [...] der

41 Rechtsextremismus“ ist. Die SPD steht in ihrer Tradition im

42 besonderen Maße für den Kampf gegen Rechtsextremis-

43 mus und bekennt sich gerade in der aktuellen Lage zu die-

44 ser Verantwortung und zur Brandmauer der wehrhaften

45 Demokratie.

46 Gleichzeitig steht unbestreitbar fest, dass rechtsextre-
47 me Haltungen und Biografien mit der Sozialdemokratie
48 grundsätzlich unvereinbar sind und unseren Werten dia-
49 metral entgegenstehen.

50

51 Dennoch erlebten wir in den vergangenen Jahren, dass
52 Mitglieder rechtsextremer oder rechtsextrem beeinfluss-
53 ter Parteien und/ oder Organisationen – wie Simon
54 Bucher oder Oskar Helmerich von der AfD – sowie Perso-
55 nen mit rechtsextremer Biografie zur SPD wechseln und
56 so versuchen sich einen bürgerlichen Anschein zu ge-
57 ben oder einer Zuordnung zum Phänomen Rechtsextre-
58 mismus zu entgehen. Hierbei ist es unerheblich, ob die
59 Mitgliedschaft in rechtsextremen oder rechtsextrem be-
60 einflussten Parteien wie der Alternative für Deutschland
61 (AfD) bloß aus strategischen Gründen zum Zwecke der Er-
62 langung von Mandaten erfolgte oder ob sich die Personen
63 den rechtsextremen Positionen nah oder gar verbunden
64 fühlten. Dabei zeigte gerade der Fall Helmerich in Thü-
65 ringen, welcher nunmehr Mitglied der Partei dieBasis ist,
66 dass eine Abkehr von extremistischen und den Staat dele-
67 gitimierenden Positionen oftmals nicht aus überzeugend
68 und ernsthaft erfolgt.

69

70 In den kommenden Jahren wird überdies mit dem immer
71 größeren Druck auf die AfD auch mit größeren Abwande-
72 rungen in die demokratischen Parteien und damit einer
73 Rettung von Mandaten zu rechnen sein. Wenngleich bei
74 den anstehenden Wahlen in den ostdeutschen Bundes-
75 ländern 2024 derzeit starke Ergebnisse für rechtsextreme
76 Parteien abzusehen sind, so kann sich daran dennoch ei-
77 ne Welle der Abwanderung zu und Unterwanderung von
78 demokratischen Parteien anschließen.

79

80 Spätestens mit den jüngsten Entwicklungen um die AfD
81 ist jedoch zweifelsfrei klar, dass es sich bei der Alternati-
82 ve für Deutschland nicht um eine Alternative, sondern um
83 den parlamentarischen Arm des deutschen Rechtsextre-
84 mismus handelt. Im Kern steht dabei mittlerweile zwei-
85 felsfrei fest, dass die bestehende deutsche Demokratie
86 und ihre Werte sowie Normen in der bestehenden Form
87 zutiefst abgelehnt und verachtet werden sowie regelmä-
88 ßig abgeschafft bzw. umgebaut werden sollen. Gleich-
89 wohl war die AfD jedoch bereits 2015/ 2016 massiv rechts-
90 extrem beeinflusst bzw. in weiten Teilen rechtsextrem, so-
91 dass man sich mit einer Mitgliedschaft in der AfD mit die-
92 sen Zielen mindestens billigend und oft wissend gemein
93 gemacht hat.

94

95 Wenn nunmehr Personen aus diesem Umfeld Teil der Sozi-
96 aldemokratie werden möchten, dann bekommt man dies
97 oft nur bei Spitzenpersonalien mit. Die breite Masse der
98 Mitglieder bleibt jedoch oftmals unerkant. In der Folge

99 können so mindestens eine Zeit die Werte der Sozialde-
100 mokratie untergraben und von innen heraus angegriffen
101 werden.

102

103 Hinzu kommt, dass Mitglieder der AfD in den vergange-
104 nen Jahren bereits mehrfach unmittelbar oder mindes-
105 tens mittelbar enge und kritische Verbindungen zu auto-
106 ritären Regimen wie in Russland aufwiesen und damit ein
107 Risiko für die Sicherheitsinteressen und die Souveränität
108 des deutschen Staates darstellten.

109

110 Überdies zeigte in den letzten Jahren insbesondere die
111 Neue Rechte mit Gruppierungen wie der Identitären Be-
112 wegung (IB) immer wieder, dass man über subversive
113 Maßnahmen und Methoden versuchte den Anschluss an
114 die Mitte der Gesellschaft zu finden, ohne dabei von den
115 eigenen Ideologien oder Thesen abzurücken oder diese an
116 die Rahmenbedingungen der freiheitlich demokratischen
117 Grundordnung anzupassen.

118

119 Durch die Abkehr des Rechtsextremismus vom Bild des
120 Neonazis mit Glatze und Springerstiefel hin zum Neona-
121 zi im Nadelstreifenanzug oder gar zum nationalkonser-
122 vativen Hipster wie bei der IB muss die Sozialdemokratie
123 neue Wege finden sich gegenüber dieser Bedrohung zu
124 behaupten.

125

126 Dabei ist die SPD nicht frei in der Entscheidung und Defi-
127 nition des Begriffe Rechtsextremismus, sondern orientiert
128 sich dabei stets an der Rechtsprechung des BVerfG, be-
129 hördlichen Erkenntnissen und den Erkenntnissen der For-
130 schung und Lehre um stets eine verhältnismäßige und be-
131 gründete Sachentscheidung zu treffen.

132

133 Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit obliegt dabei
134 weiterhin dem Verfassungsgericht und spielt für die Mit-
135 gliedschaft in der SPD nur eine subsidiäre Rolle, da die SPD
136 auch niederschwelliger Mitgliedsanträge ablehnen kann.

137

138 Die SPD als staatstragende Partei muss sich und ihren We-
139 senskern vor subversiven Bestrebungen und einer schritt-
140 weisen Diskursverschiebung sowie etwaigen rechtsextre-
141 men Positionen und Äußerungen aus der Partei heraus
142 schützen. Auch bekennt sich die SPD zu den sicherheits-
143 politischen Verpflichtungen und der Sicherheit Deutsch-
144 lands. Hierfür müssen geeignete Maßnahmen getrof-
145 fen werden, damit die Partei und das Wertekonstrukt
146 nicht durch AfD untergraben, unterwandert und die Par-
147 tei als Legitimation und Schutz für weiterhin bestehende
148 rechtsextreme Ideologien und Weltbilder instrumentali-
149 siert und vereinnahmt werden.

150 Dafür ist eine strengere Mitgliederzulassung bei Perso-
151 nen mit einer Nähebeziehung zum Rechtsextremismus

152 und/oder dessen Ideologien ein unerlässliches Mittel zum
153 Schutz der Demokratie.